

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einrückl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljähr. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Erhöhter wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21. U. Telefon 8466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1792. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insorats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 4. Dresden, Donnerstag den 7. Januar 1909. 20. Jahrg.

Die Steuersysteme in England und Frankreich.

Die nächsten Monate des politischen Lebens in Deutschland werden im wesentlichen angefüllt sein von dem Kampfe um die Steuern. Denn darum handelt es sich nicht mehr, ob das deutsche Volk jährlich Hunderte Millionen Mark Steuern mehr bezahlen soll oder nicht, das Defizit ist vorhanden, die Schulden sind gemacht, sondern vielmehr dreht sich der Kampf um die Frage, wie sollen die neuen Steuern aufgebracht werden. Die bestehenden Klassen sträuben sich im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeiten zu den Ausgaben herangezogen zu werden, die in ihrem Interesse gemacht worden sind. Die arbeitenden Klassen aber wehren sich mit Recht dagegen, daß die neuen Lasten wieder auf ihre Schultern gelegt werden sollen. Der Kampf um die neuen Steuersysteme ist also ein Klassenkampf, und je nach dem größeren oder geringeren Einfluß, den die einzelnen Klassen auf die Gesetzgebung ausüben vermögen, wird die Steuerreform gestaltet werden. In den Steuersystemen drückt sich deshalb auch der politische und allgemeine kulturelle Zustand eines Landes aus. Die ungerechtesten Steuern finden wir in den absolutistischen Staaten. Die Steuerplage war in der Türkei nicht die geringste der Ursachen, die zum Sturze des Absolutismus führten, und in dem absolutistischen Rußland kommen 7,14 Mrd. Indirekte auf 1 Mrd. direkte Steuern, während in dem demokratischen England, dessen Steuergesetzgebung die demokratische Grundlage des Staatswesens und den Einfluß der weniger bemittelten Klassen deutlich erkennen läßt, das Verhältnis der indirekten Steuern zu den direkten nur wie 1,41 zu 1 ist. Schon aus dieser einfachen Tatsache ergibt sich, daß die Steuerreform eine gerechtere wird, wenn das Volk einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Steuersysteme hat.

Die Steuerverhältnisse in England und Frankreich werden am besten zum Vergleich mit Deutschland herangezogen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, die Steuersysteme in diesen beiden Ländern zu kennen.

Nach einer sehr interessanten Zusammenstellung der Steuersysteme aller Länder von dem Oberfinanzrat O. Schwarz hat England neben einigen unbedeutenden Steuern und Ausnahmesteuern vier Hauptformen von direkten Steuern: 1. die allgemeine Vermögens- und Einkommenssteuer, deren Ertrag im Etat des Jahres 1908 mit 678,2 Millionen Mark angelegt war. Alle Einkommen bis zu 150 Pfund Sterling (8000 M.) sind zurzeit steuerfrei, bei Einkommen von 400 bis 500 Pfund sind die ersten 150 Pfund, von 500 bis 600 die ersten 120 und von 600 bis 700 Pfund die ersten 70 Pfund Sterling steuerfrei. Die Höhe der Steuer wird jährlich festgesetzt (sonst obgleich Penny auf das Pfund Sterling), sie läßt sich also ganz nach dem Steuerbedarf einrichten. 2. die Landsteuer. Diese ist eine Eigenschaftsteuer, ablösbar und deshalb in steter Verringerung begriffen. Ihr Ertrag für das Jahr 1908 wurde auf 14,2 Millionen Mark geschätzt. 3. die Gebäudesteuer. Sie ist eine Art Mieterssteuer, wird aber nur von Häusern über 20 Pfund Sterling Mietswert erhoben, und da in England das Einfamilienhaus fast allgemein ist, wird von ihr nur 1/6 aller Häuser betroffen. 4. die Erbschaftsteuer. Diese bringt rund 400 Millionen Mark jährlich ein (1908: 397,6 Millionen) und setzt sich aus drei Sondergruppen zusammen. In indirekten Steuern kommen im englischen Steuersystem in Betracht die Zölle, die Verbrauchssteuern und die Besteuerungen der Zölle. Die Zölle sind keine Schutzzölle, sondern reine Finanzzölle und waren im Jahre 1908 mit 692,7 Millionen Mark Ertrag im Etat eingesetzt. Gegenwärtig gibt es in England, wenn man vom Spielfartenzoll (8 Schilling 3 Penny für 1 Tugend Spiel) abseht, nur noch sieben zollpflichtige Gruppen von Gegenständen: Tabak und Tabakfabrikate, Tee, Kaffee, Kakao und Kakao, Alkohol und alkoholisierbare Gegenstände, Zucker, Saccharin und zuckerhaltige Sachen, Meine, getrocknete Früchte und Meere. Außer Zucker werden notwendige Lebensmittel nicht verzollt. Der im Transporthandlung vorübergehend eingeführte Getreidezoll ist längst wieder aufgehoben. Von den Verbrauchssteuern brachte die Biersteuer im letzten Jahre 267,6 Millionen Mark und die Brandweinsteuer 361,2 Millionen Mark. Neben diesen großen Verbrauchssteuern sind noch die im Kriege 1901 eingeführten Traubensteuer (2,4 Mill.) und die Sacharinsteuern (276 000 M.) zu erwähnen. In den letzten Jahren in England auch die Eisenbahnfahrtkartensteuer gezahlt, die 7 Millionen Mark jährlich einbringt. Als Verbrauchssteuern werden die Stempelabgaben bezeichnet, die im Jahre 1908 insgesamt mit 164,8 Millionen Mark im Etat eingesetzt waren und von Kreditpapieren, Zigaretten usw. als Wertstempel, oder als Quittungssteuer erhoben werden.

Entsprechend den kleinsten und kleinstbürgerlichen Verhältnissen hat Frankreich noch sehr rückständige Steuersysteme. In direkten Steuern werden hier noch die sogenannten 4 bzw. 5 „alten“ Steuern erhoben, die

Grundsteuer, die Personal-Mobiliarsteuer, die Tür- und Fenstersteuer und die Gewerbe- (Patent-) Steuer. Diese Steuern betreffen die „alten“ Steuern, weil sie noch aus der Zeit der Revolution und Napoleons I. stammen. So beruht die 76 Millionen Mark einbringende Grundsteuer auf den Gesetzen von 1790, 1807 und 1821. Sie ist natürlich öfters revidiert worden. Die Steuer beträgt gegenwärtig noch etwa 4 Prozent vom Reinertrag des Grundeigentums, die untersten Quoten, bis 10 Frank, werden nicht erhoben. Die Personal-Mobiliarsteuer bringt 84 Millionen Mark ein, sie besteht einmal aus einer Kopfsteuer und einer Mobiliarsteuer, welche nach dem Mietwert der zum Wohnen benutzten Häuser erhoben wird. Die Tür- und Fenstersteuer, die bald als eine Ergänzung der vorgenannten, bald als eine Ergänzung der Gebäudesteuer gilt, wird vom Eigentümer erhoben, der sie im Mietpreise auf den Mieter abwälzt. Sie bringt etwa 55 Millionen Mark jährlich ein. Die eigentümlichste Steuer Frankreichs ist die Gewerbe- (Patent-) Steuer (Ertrag: 116,8 Millionen Mark), welche die Gewerbe nach äußeren Merkmalen der Ertragsfähigkeit besteuert und im letzten Grunde noch auf dem Gesetz vom 22. Oktober 1798 beruht. Sie trifft nicht nur die gewerblichen Unternehmen, sondern auch die sogenannten „liberalen“ Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte usw. Eine 1872 eingeführte direkte Steuer ist ferner die Kapitaleinkommensteuer mit einem Ertrag von 74 Millionen Mark. Sodann hat Frankreich noch kleinere Steuergesetze, wie Vermögenssteuer (8,3 Millionen), die Steuer von der toten Hand (10 Millionen), Wertssteuer (2 Millionen), Stempelsteuer (80 Millionen) und Grundsteuer, die 20 Millionen Mark einbringt. Auch die Erbschaftsteuer, die im Jahre 1908 auf 192 Millionen Mark Ertrag veranschlagt war, gehört zu den direkten Steuern. So zahlreich wie die direkten sind in Frankreich auch die indirekten Steuern. Frankreich hat Schutzzölle und Finanzzölle, eine Salzsteuer, Getränkesteuer auf Wein (60,9 Millionen), eine Branntweinsteuer (377,8 Millionen), eine Biersteuer (11,8 Millionen), Ackersteuer (126 Millionen), ein Lotteriemonopol (300 Millionen), Streichholzmanipol (31 Millionen), Pulver- und Salpeterminopol (15 Millionen), eine Wölren- und Stempelsteuer (180 Millionen) und das sogenannte Erregiment, eine Steuer, die auf Enttragung von Urkunden und Erklärungen über Eigentumswechsel in öffentliche Register beruht und im letzten Jahre auf 298,9 Millionen Mark Ertrag geschätzt wurde.

Vor allem zeigt sich hieraus, daß jedenfalls England eine weit gerechtere Steuerreform besitzt als Deutschland. In England zahlen die Arbeiter keine direkten Staatssteuern, Zölle oder Steuern auf notwendige Lebensmittel gibt es halbwegs nicht, die Steuern auf Genussmittel, auf Tabak, Tee, Kaffee, Wein, Bier und Branntwein sind die einzigen Steuern, die auch die Arbeiter treffen. Deshalb sind die indirekten Steuern Englands gar nicht mit denen Deutschlands zu vergleichen. Die besitzenden Klassen Englands werden aber ganz anders zu den Lasten des Landes herangezogen, als dies in Deutschland der Fall ist. Hieraus ist eben der große Einfluß der Arbeiter und Mittelschichten auf die Steuerreform deutlich zu erkennen.

Dagegen zeigen die Steuersysteme Frankreichs dieselbe geringe Entwicklung wie seine ganzen inneren wirtschaftlichen Verhältnisse. Frankreich ist ein sehr reiches und ungenießbar fruchtbares Land, mit stark Kleinbäuerlichen und Kleinbürgerlichen Verhältnissen; die Einkommen sind wesentlich höher, die Lebensmittel viel billiger als in Deutschland. Die Entwicklung der Steuerreform bewegt sich in Frankreich in jüngster Zeit aber auch immer mehr zu direkten Steuern hin, ganz entsprechend dem zunehmenden Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung. So wird Frankreich nun auch eine direkte Einkommenssteuer erhalten. In Deutschland aber sollen alle neuen Reichsteuern immer wieder nach indirekten Steuerformen erhoben, also auf die ärmere Bevölkerung abwälzt werden. Und dies wird so lange dauern, als es den besitzenden Klassen gelingt, das Volk bei den Wahlen zu betören — wie es bei der letzten Reichstagswahl der Fall war. Andererseits wird die Durchführung der neuen Steuerprojekte, die zu Wertschätzungen der Arbeiterklassen treffen und weite Erwerbserlöse schwer schädigen, in hohem Maße dazu beitragen, die deutsche Bevölkerung über die verdrehteste Volksfeindlichkeit der jetzigen „nationalen“ Reichstagsmehrheit gehörig aufzuklären!

Wilhelm II. und der Krieg in der Gegenwart.

Der Kaiser, dem vor einigen Wochen von der konservativen Partei und dem Reichstankler größere Zurückhaltung empfohlen worden war, beginnt schon wieder die öffentliche Meinung sehr lebhaft zu beschäftigen. Am 2. Januar hat er, wie schon gemeldet wurde, im Kreise seiner Generale eine Rede gehalten, die sich in der Hauptsache mit rein militärischen Fragen beschäftigte, aber auch politische Anspielungen enthielt. Der Kaiser sprach über die Kräfte des persönlichen Regiments, versicherte, daß er immer seinem Lande zu nützen geglaubt und appellierte an das Vertrauen der Armeen. Dann gab er „einem der hervorragenden Soldaten der deutschen Armee das Wort“, indem er einen langen Weisheit

verließ, den der ehemalige Chef des Generalstabs, Graf Schlieffen, in der neuesten Nummer der Deutschen Revue anonym veröffentlicht hatte und der die Ueberschrift trägt: „Der Krieg in der Gegenwart.“

Mit diesem Artikel, der sich vom militärischen Standpunkt aus mit Fragen der auswärtigen wie der inneren Politik beschäftigt, erklärte sich der Kaiser einverstanden. Was er geendet hatte, spielte sich der bereits erwähnte merkwürdige Vorgang ab. Der rangälteste General, Herr v. Dohme, trat vor und berichtete den hohen Heeren des unüberänderlichen Vertrauens und der unwandelbaren Treue der Armee.

Von konservativer und offizieller Seite wird scharf gefordert, daß der Kaiser habe die ihm vorgezeichneten Schranken der Zurückhaltung nicht überschritten, es handle sich um einen rein militärischen Vorgang, der Bescheid des obersten Kriegsherrn mit seinen Generalen unterliege nicht der öffentlichen Kontrolle. Das läßt sich hören, wenn sich die illustre Versammlung vom 2. Januar darauf beschränkt hätte, rein militärische Fragen zu erörtern. Das war aber, wie gesagt, keineswegs der Fall. Wenn der Kaiser mit seinen Generalen eine Verhandlung sucht über Fragen derart, welche Stellung Deutschland unter den Mächten Europas einnimmt, und was die eigentliche Bedeutung der Persönlichkeit im Daily Telegraph gewesen sei, so ist das zweifellos ein hochpolitischer Vorgang, dessen Besprechung in die Öffentlichkeit gehört, und für den in einem wirklichen Verfassungsausschuß die Regierung die volle Verantwortung tragen würde. Wenn nun gar der Kaiser für seine Ausführungen den bewundernden Beifall seiner Generale erntet, und in aller Schwärzlichkeit eine solenne Vertrauensfundgebung veranstaltet wird, so braucht nicht erst ausführlich ausgemalt werden, welche politische Konzeptionen folgen ein solcher Vorgang haben kann. Ein Monarch, der der Ueberzeugung lebt, daß sein Kurs der allein richtige ist, und der sich des Vertrauens der Armee, vertreten durch ihre Führer, unbedeutet sicher fühlt, wird genötigt sein, die Macht der öffentlichen Meinung, der Volkvertretung und schon gar des Reichstanklers, den er nach Willen davonjagen kann, recht gering einzuschätzen. Es fehlt in der Geschichte nicht an Beispielen, daß eine Prätorianerpolitik den Wählern zu schmerzlichen Anfechtungen und zu mancher schlimmeren Katastrophe geführt hat.

Zunächst ist der Artikel des Generalobersten Grafen Schlieffen, der bis dahin ein wenig beachtetes anonymes Dasein geführt hat, in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt. Dieser Artikel, der des Kaisers vollen Beifall findet, schildert die Lage Deutschlands als höchst bedrohlich, er sieht das Reich rings von Feinden, sogar „unversöhnlichen Feinden“ umgeben. Deutschland und Oesterreich sind „heute auf allen Seiten von einem Festungsgürtel umringt“. Zu diesen Feinden sind auch, trotz der gegenteiligen Beteuerungen Bismarcks und Schwobbe, Rußland, Griechenland, das sich jetzt auch noch „benachteiligter Macht in die Arme wirft, die ihm am meisten schaden kann“ (England), und Italien, das „die Fremden verdrängen will“ (Oesterreich). Die Gefahr, daß sich alle diese Mächte zu einem gemeinschaftlichen Angriff auf Deutschland und seinen einzigen Bundesgenossen vereinen könnten, erscheint dem Grafen Schlieffen und mit ihm Wilhelm II. „riesengroß“, und durch die Vorgänge auf dem Balkan sei für „die Feinde ringsum“ die Lage nur noch günstiger geworden. Zudem sei es „durchaus zweifelhaft“, ob die „Koalition“ (Frankreich, England, Rußland, Italien, Türkei, Serbien, Montenegro) zu bewaffneten Taten übergehen werde; denn ihre Stellung sei so vorteilhaft, daß sie „allein durch ihr Vorhandensein eine bestandige Drohung bilden“, und außerdem stehe „dem gewaltigen Vormarsch“ die „bange Frage“ entgegen, ob sich denn auch die andern Verbündeten zur rechten Zeit einfinden werden.

Diese höchst undiplomatische Ausführungen folgen dann eine kleine Reueingewandlung auf die innere Politik. Die Reichsovernen, denen nur der rechte Mut fehlt, suchen die beiden verbündeten Staaten durch inneren Zwiespalt zu schwächen, und so wird der österreichische Nationalitätenbader groteskweise auf ausländische Umtriebe zurückgeführt. Dann aber heißt es wortlos:

Wie in Deutschland der gleiche Zwiespalt mit einem kurzen Zeitungsartikel, mit hinterlistig zusammengestellten verführten Anklagen zu erreichen ist, hat sich erst kürzlich gezeigt.

Der Generaloberst Graf Schlieffen ist also der Meinung, daß Wilhelm II. in der Daily-Telegraph-Affäre als Schwächling einer feindlichen Intrige verwendet worden ist, und daß dann alle, die den Kaiser deshalb mit „hinterlistig zusammengestellten und verführten Anklagen“ angriffen, gleichzeitig dem Interesse der feindlichen Koalition gedient hätten.

Und der Kaiser liest diesen Artikel vor und lobt ihn! Würde die Regierung Bismarck die zurzeit keine neue „Affäre“ brauchen kann, nicht geheime, aber darum desto wirksamere Gegenmaßnahmen ergreifen, so ständen wie morgen schon vor einer neuen. Am besten kommt noch Frankreich fort. England aber, dessen König Anfang Februar in Berlin erwartet wird, spielt in dem Artikel Schlieffens eine höchst schädliche Rolle. Rußland und Italien haben allen Grund, sich gegen eine Darstellung zu wehren, die sie ohne weiteres zu den Feinden Deutschlands wirft. Und schließlich hätten die deutsche Presse und der deutsche Reichstag wohl auch ein Recht, sich gegen den Vorwurf der Hinterlist, der gegen sie erhoben wird, in einigen deutlichen Worten zu verwahren.

Der Kaiser hat übersehen, daß es zweifelhaft ist, ob ein General a. D. einen anonymen Artikel schreibt, oder ob er selbst

hler
Frei Redu
10.-
lofel
del
er Str. 1
om 1. 9
1909.
er
Bräu
er
Flaschen
en
5
Näch.
urten
photograph
1.80
ographien
N. an.
Nüg
he 12.
ndewannen
id und groß
nur 8 M.
itzwannen
nur 6 M.
to Gralichen
ntschickung
entworfene
Vortrag t.
O
Stolen
Es ist
Stola
8.50
8.50
17
or-Stolen
17, 91
Schiff
2, Straße 13
ente
groben Rabel
nmungschreiben
rückliche an
is bed. Hagen